



G.I.B.-Newsletter 2026/12

Neues aus der G.I.B.

Mitarbeitende/r (m/w/d) in der Abteilung „Jugend und Ausbildung, Übergang Schule - Beruf“ gesucht

Zum nächstmöglichen Zeitpunkt ist in der G.I.B. eine bis zum 31.07.2027 befristete Stelle im Umfang von 39,83 Stunden/Woche für die fachliche Begleitung der berufswahlapp zu besetzen. [Mehr erfahren](#)

Jugend und Beruf

NRW-Ausbildungsmarkt im Juni: NRW startet in die ganz heiße Phase am Ausbildungsmarkt

Im Juli tritt der [Ausbildungsmarkt in Nordrhein-Westfalen](#) in seine ganz heiße Phase ein. Ausschlaggebend sind die Sommerferien. Bis zu ihrem Start wollen die Unternehmen noch möglichst viele der aktuell über 38.000 freien betrieblichen Ausbildungsplätze an künftige Auszubildende vergeben. Dafür in den Startlöchern stehen aktuell noch über 53.000 Bewerberinnen und Bewerber. Der Großteil von ihnen hat derzeit noch keinen Plan B, falls es mit der Ausbildung in diesem Jahr nicht klappt.

Kabinett beschließt Landesumsetzungsgesetz Pflegefachassistenz

Der Bund hat die [Pflegefachassistenz](#) bundesrechtlich neu und für das ganze Bundesgebiet einheitlich aufgestellt. In Nordrhein-Westfalen kann diese bundeseinheitliche Ausbildung bereits ab dem nach Bundesrecht frühestmöglichen Zeitpunkt, also ab Januar 2027, in den Pflegeschulen, Krankenhäusern, ambulanten Pflegediensten und Pflegeeinrichtungen an den Start gehen.

BIBB-Jahresbericht 2025: KI treibt Wandel in der Berufsbildung voran

Das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) hat seinen [Jahresbericht 2025](#) veröffentlicht. Er informiert über die wichtigsten Entwicklungen in der beruflichen Aus- und Weiterbildung im Jahr 2025 sowie über das Schwerpunktthema „Künstliche Intelligenz (KI) in der beruflichen Bildung“.

Eine Zukunft für schulmüde Jugendliche. Handlungsauftrag an politisch Verantwortliche in Bund, Ländern und Kommunen

Wenn junge Menschen der Schule fernbleiben, verschlechtert dies ihre Bildungs- und Teilhabechancen erheblich. Wie dem entgegengewirkt werden kann, diskutierten rund 350 Teilnehmende auf dem Fachkongress "Schulabsentismus: Hinschauen. Wahrnehmen. Nachfragen.". Zum Abschluss verabschiedeten sie einen Forderungskatalog mit konkreten Empfehlungen an Bund, Länder und Kommunen. Mehr dazu auf der [Internetseite von Überaus](#).

Berufsorientierung im Handwerk einfach machen: mobil, praktisch, maßgeschneidert

Berufsorientierung im Handwerk braucht Praxis – doch viele Schulen haben weder Werkräume noch die nötige Ausstattung. Genau hier setzt das [InnoVET PLUS-Projekt HeldinEn](#) an: Mobile Werkstätten bringen handwerkliches Ausprobieren direkt zu den Schülerinnen und Schülern. Und das maßgeschneidert für den jeweiligen Bedarf, vom Tages-Workshop bis hin zur Projektwoche.

Berufsorientierung: Neues Playlet auf zynd "Wert?Voll!"

Teamwork, Sicherheit, Freiheit oder Mut? Welche Werte leiten uns in unterschiedlichen Situationen - und welche Rolle spielen sie bei der Berufsorientierung? Im neuen [Playlet "Wert?Voll!" des BIBB-Portals "zynd"](#) setzen sich Jugendliche mit Situationen aus dem Arbeitsalltag auseinander.

DIHK-Impulspapier: Berufliche Bildung jetzt zur Priorität machen

Die [DIHK](#) fordert, die berufliche Aus- und Weiterbildung noch stärker zur wirtschaftspolitischen Priorität zu machen. In einem aktuellen Impulspapier legt sie konkrete Vorschläge vor, wie Fachkräfte gesichert, Übergänge in Ausbildung verbessert und Betriebe spürbar entlastet werden können.

Teilhabe und Integration am Arbeitsmarkt

Grundsicherung: Knappe Haushaltsmittel und unzureichende Teilzeitangebote erschweren die geförderte berufliche Weiterbildung

Die gezielte Förderung beruflicher Weiterbildung soll Leistungsbeziehenden langfristig stabile Übergänge in den Arbeitsmarkt erleichtern und damit zur Fachkräftesicherung beitragen. Doch eine aktuelle Befragung der Jobcenter zeigt: Fehlende Vorkenntnisse auf Seiten der Leistungsberechtigten, knappe Haushaltsmittel und fehlende Teilzeitangebote sind Hindernisse auf dem Weg zur Weiterbildungsteilnahme. Mehr dazu im [IAB-Forum](#)

Wenn Bürokratie zur Hürde wird: Wie Eingewanderte die administrativen Verfahren in Deutschland bewerten

Die Beantragung einer Aufenthaltserlaubnis, die Anerkennung von Ausbildungs- und Hochschulabschlüssen, der Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft: Eingewanderte sind hierzulande mit teils sehr langwierigen bürokratischen Prozessen konfrontiert. [Aktuellen Befragungsergebnissen des IAB](#) zufolge machen viele dabei negative Erfahrungen unterschiedlichster Art. Fast ein Drittel derjenigen, die Deutschland wieder verlassen, begründet dies auch mit diesen Erfahrungen. Siehe auch [IAB-Kurzbericht](#) "Wer bleibt, wer geht - und warum Eingewanderte Deutschland wieder verlassen"

Beschäftigung Geflüchteter in deutschen Betrieben: Einfache Tätigkeiten überwiegen

Der aktuelle [IAB-Forschungsbericht](#) vergleicht die Arbeitsmarktintegration syrischer und ukrainischer Geflüchteter. Trotz unterschiedlicher demografischer Voraussetzungen, insbesondere mit Blick auf Geschlecht und Bildungsniveau, zeigen sich überraschende Ähnlichkeiten.

Wegweiskurse künftig in 13 Bundesländern verfügbar

Wegweiskurse (WWK) vermitteln Menschen direkt nach ihrer Ankunft nützliche Informationen für den Alltag und wesentliche Grundlagen des kulturellen Zusammenlebens in Deutschland. Seit 1. Juli 2026 werden die Wegweiskurse in insgesamt 13 Bundesländern angeboten. Sie wurden damit auf eine breitere Basis gestellt. So können in Zukunft noch mehr Schutzsuchende von dem Kursangebot profitieren, berichtet das [BAMF](#).

FAQ zur Umgestaltung der Grundsicherung für Arbeitsuchende

Auf der Website der [Servicestelle SGB II](#) finden Sie Antworten auf die wichtigsten Fragen zu der Grundsicherung für Arbeitsuchende – zum online lesen oder als Tischvorlage zum downloaden.

Bundesteilhabepreis 2026: Drei Projekte für inklusiven Berufseinstieg ausgezeichnet

Beim siebten [Bundesteilhabepreis](#) wurden in diesem Jahr Projekte prämiert, die junge Menschen mit Behinderungen beim Übergang von der beruflichen Bildung in den Arbeitsmarkt unterstützen. Den ersten Preis erhielt die Schauspielschule DER KELLER aus Köln für ihr Projekt „Rheinkompanie“. Siehe auch REHADAT-kompakt ["Betriebliches Eingliederungsmanagement"](#) sowie ["BMAS-Ausschreibung: Förderung von Projekten für mehr politische Teilhabe"](#)

Bewerbungsphase für den Inklusionspreis Nordrhein-Westfalen 2026 startet

Sozialminister Karl-Josef Laumann hat den mit insgesamt 50.000 Euro dotierten [Inklusionspreis 2026 des Landes Nordrhein-Westfalen](#) ausgeschrieben. Der Preis zeichnet Projekte, Initiativen oder Organisationen aus Nordrhein-Westfalen aus, die zeigen, wie das selbstverständliche Miteinander von Menschen mit und ohne Beeinträchtigung gut und vorbildlich gelingen kann. Bewerbungsschluss ist am 28. August 2026.

Arbeitsgestaltung und Fachkräftesicherung

Arbeitsmarkt in der Informations- und Kommunikationstechnik (IKT) im Spannungsfeld: Konjunkturelle Schwäche trifft auf strukturellen Wandel

Der Arbeitsmarkt für Fachkräfte in der IKT bleibt weiterhin dynamisch. Zum einen belastet die anhaltende wirtschaftliche Schwächephase den Stellenmarkt. Zum anderen unterliegen die Berufe einem Strukturwandel, der die Anforderungen und den Bedarf an neuen Kompetenzen ansteigen lässt, schreibt die [BA](#).

Wertvolle Erfahrung sichern: Ältere Beschäftigte im Unternehmen halten

Der demografische Wandel verändert die Personalplanung in kleinen und mittleren Unternehmen. Die [KOFA-Studie „Wertvolle Erfahrung sichern: Ältere Beschäftigte im Unternehmen halten“](#) zeigt, in welchen Berufen besonders viele Beschäftigte vor dem Renteneintritt stehen. Für KMU geht es dabei nicht nur um Nachbesetzung, sondern auch um Wissen, Erfahrung und betriebliche

Kontinuität. Die Studienergebnisse helfen, Risiken frühzeitig zu erkennen und Personalmaßnahmen gezielter auszurichten.

35 neue Förderprojekte stärken Weiterbildungskultur in Unternehmen

Das Bundesbildungsministerium hat die [Qualifizierungsoffensive Berufliche Bildung](#) (QBB) gestartet. Als Teil davon fördert der Bund Weiterbildungsmentorinnen und -mentoren in Unternehmen mit jährlich acht Millionen Euro, um dem Fachkräftemangel zu begegnen.

Berufsberatung im Erwerbsleben: Frauen und Teilzeitbeschäftigte sind bei den beratenen Beschäftigten weiterhin besonders stark vertreten

Mit der im Jahr 2020 eingeführten „Berufsberatung im Erwerbsleben“ (BBiE) unterstützt die Bundesagentur für Arbeit Menschen bei ihrer beruflichen Orientierung. Eine [aktuelle Auswertung des IAB](#) zeigt, dass die Zahl der Beschäftigten, die die BBiE nutzen, in den letzten Jahren gestiegen ist. Vor allem Frauen, Teilzeitbeschäftigte und Beschäftigte aus kleineren Betrieben nahmen das Angebot in Anspruch.

Neue Studie des WSI zum Thema "Arbeitszeit"

Beschäftigte, die ihre Erwerbsarbeit regelmäßig unterbrechen und abends fortsetzen, machen im Schnitt mehr Überstunden und wünschen sich kürzere Arbeitszeiten, zeigt eine breit angelegte Datenanalyse. Das spricht dagegen, dass die von der Bundesregierung diskutierte Deregulierung des Arbeitszeitgesetzes für mehr Flexibilität im Sinne von Beschäftigten sorgen oder das Arbeitsvolumen in Deutschland nachhaltig erhöhen kann. Möglich wäre sogar eine Verschärfung von Personalmängeln durch höhere Belastung, so eine neue [WSI-Studie](#).

Zuwanderung stützt den deutschen Arbeitsmarkt - doch die Integration muss besser werden

Eine bessere Arbeitsmarktintegration von Zugewanderten mindert nicht nur den Fachkräftemangel, sondern erhöht auch die Steuereinnahmen und stabilisiert die Sozialversicherung. Besonders große Potenziale gibt es bei Frauen aus Asylherkunftsländern und bei qualifizierten Zugewanderten, die zu oft als Helfer:innen eingesetzt werden. Dafür müssen Hürden bei Sprache, Anerkennung, Behördenprozessen und Kinderbetreuung abgebaut werden, schreibt die [Bertelsmann-Stiftung](#).

Neue Studie: Was Menschen in der Transformation stärkt

Eine neue [Studie der Fraunhofer HNFIZ](#) zeigt, dass Transformationsfähigkeit keine angeborene Eigenschaft ist. Das Forschungsteam hat untersucht, welche

Stellschrauben Unternehmen nutzen können, um die Veränderungsbereitschaft ihrer Beschäftigten zu erhöhen – von Resilienz und Lernbereitschaft bis hin zu Vertrauen und Partizipation. Die Publikation steht kostenlos zum Download zur Verfügung.

Armutsbekämpfung und Sozialplanung

NRW: Zahl der Haushalte mit Wohngeldbezug 2025 um 7,5 % gestiegen

Ende 2025 haben 348.090 nordrhein-westfälische Haushalte Wohngeld bezogen, das waren 24.245 Haushalte bzw. 7,5 % mehr als ein Jahr zuvor. Wie [Information und Technik Nordrhein-Westfalen](#) mitteilt, stieg damit auch im zweiten Jahr, nach Inkrafttreten des Wohngeld-Plus-Gesetzes zum 01.01.2023, die Zahl der Wohngeldhaushalte weiter an.

Stellungnahme zum Referentenentwurf für ein Gesetz zur Vereinfachung und Fortentwicklung des Wohngeldgesetzes

Die [Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe](#) e. V. (BAG W) nimmt zum vorliegenden Referentenentwurf des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) Stellung. Die BAG W sieht sich als Fachverband der Dienste und Einrichtungen der Wohnungsnotfallhilfe in der Pflicht, auf die sozialpolitischen Konsequenzen des Vorhabens hinzuweisen.

BAGFW-Studie: Steigende Gewerbemieten gefährden soziale Infrastruktur

Mieterhöhung, Kündigungsangst, kein Ausweichquartier in Sicht: Für viele soziale Träger ist die Wohnungsnot längst auch eine Gewerberaumnot. Das zeigt eine neue [Studie der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege](#) (BAGFW). Drei Viertel der befragten Träger fürchten, nach einer Kündigung ihrer Räumlichkeiten keine bezahlbare Alternative mehr zu finden.

WZB-Studie: Lärm, Luft und die soziale Frage

Eine Deutschlandkarte der besonderen Art: Auf einer neuen [interaktiven Website](#) lässt sich für die 69 größten deutschen Städte nachvollziehen, wie Luftverschmutzung, Lärm und Grünflächen über das Stadtgebiet verteilt sind – und wie diese Verteilung mit der Sozialstruktur einzelner Wohngebiete zusammenhängt.

Wie sich die Hitzeverteilung in Städten auf die Sterblichkeit auswirkt

Wenn im Sommer die Temperaturen steigen, ist die Hitze in Städten ungleich verteilt. Während Grünflächen Abkühlung bieten, entwickeln sich dicht bebaute Quartiere zu glühenden Hitzeinseln. Doch wie stark beeinflussen diese kleinräumigen Unterschiede die öffentliche Gesundheit? Ein aktuelles [IZA Discussion Paper](#) liefert dazu wichtige Evidenz. Siehe auch: MAGS-Pressemeldung ["Landesregierung berät mit Partnern aus dem Gesundheitswesen über die Herausforderungen des Hitzeschutzes"](#)

Auswertung und Positionierung: Kürzungspläne bei Kindern, Familien und Menschen mit Behinderungen

Beim Treffen der Regierungschefinnen und -chefs der Länder mit dem Bundeskanzler am 25. Juni 2026 standen Kürzungspläne für die Kinder- und Jugendhilfe, Eingliederungshilfe und beim Unterhaltsvorschuss auf der Agenda. Der [Paritätische Gesamtverband](#) hat die Beschlüsse ausgewertet und sich mit den anderen Wohlfahrtsverbänden positioniert.

Anerkennung für innovative Suizidpräventionsarbeit: JVA Köln ausgezeichnet

Die Justizvollzugsanstalt Köln ist am 9. Juli 2026, mit dem [Suizidpräventionspreis der Bundesarbeitsgemeinschaft für Suizidprävention](#) (BAG) ausgezeichnet worden. Damit wird erstmals eine Justizvollzugsanstalt aus Nordrhein-Westfalen ausgezeichnet. Die Suizidpräventionsabteilung der JVA Köln richtet sich an akut suizidgefährdete und psychisch schwer belastete Inhaftierte.

Themenübergreifend

Landesregierung veröffentlicht Familienbericht: Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist eine zentrale Herausforderung

Mit dem neuen Familienbericht legt die [Landesregierung](#) erstmals seit 2015 eine ausführliche wissenschaftliche Bestandsaufnahme der Lebenslagen von Familien in Nordrhein-Westfalen vor. Er untersucht zentrale Lebenslagen von Familien im Land und befasst sich mit inhaltlichen Schwerpunkten von Familienvielfalt und Bildung über Erwerbs- und Sorgearbeit bis hin zu Armut, Wohnen, Teilhabe, Gesundheit und dem Umgang mit multiplen Krisen.

Bundesweite Elternbefragung Mehrheit der Eltern wünscht sich inklusive Bildung

Deutschland gehört zu den Ländern mit der höchsten Exklusionsquote in Europa: Die Zahl der Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf ist in den letzten Jahren kontinuierlich angestiegen. 60 Prozent dieser Kinder finden sich in Förderschulen wieder. Dabei lehnen 82 Prozent der Eltern schulpflichtiger Kinder mit Behinderungen eine getrennte Beschulung ab. Das zeigt die neue Studie „[Inklusive Bildung zwischen Wunsch und Wirklichkeit](#)“ des Deutschen Instituts für Menschenrechte.

Erste Jahresberichte: Meldestellen in Nordrhein-Westfalen dokumentieren Diskriminierungsfälle

Die vier nordrhein-westfälischen Meldestellen für Rassismus und Queerfeindlichkeit haben ihre ersten [Jahresberichte](#) veröffentlicht. Sie verzeichnen insgesamt 571 Vorfälle für das Berichtsjahr 2025. Die Berichte dokumentieren Diskriminierungserfahrungen, die an unterschiedlichen Orten, z.B. im öffentlichen und digitalen Raum, am Arbeitsplatz, in Schulen und Bildungseinrichtungen oder in Ämtern und Behörden gemacht wurden. Frauen sind überproportional häufig betroffen, sie stellen bei allen vier Meldestellen die größte Gruppe der Betroffenen.

Folgen Sie uns auf LinkedIn!



Mit finanzieller Unterstützung des Landes Nordrhein-Westfalen und der Europäischen Union



**Kofinanziert von der
Europäischen Union**

Ministerium für Arbeit,
Gesundheit und Soziales
des Landes Nordrhein-Westfalen



Wenn Sie diese E-Mail (an: {EMAIL}) nicht mehr empfangen möchten, können Sie diese [hier](#) kostenlos abbestellen.

G.I.B. - Gestaltung, Innovation und Beratung in der Arbeits- und Sozialpolitik GmbH | Redaktion: Josef Muth und Paul Pantel | Im Blankenfeld 4 | 46238 Bottrop | Deutschland | +49 2041 767-0 | mail@gib.nrw.de | [Internet](#) | Geschäftsführer: Torsten Withake | Register: AG Gelsenkirchen | HRB 5185 | Tax ID: DE124240090